

Stellungnahme der Fraktion VAMOS zu TOP 6.2.3

Was uns besorgt, ist, dass wir uns, wenn wir über Klimaschutz in Wegberg sprechen, ein Stück weit halbherzig im Kreis drehen. Ich will das durch eine chronologische Darstellung veranschaulichen:

2011: Der Ausschuss für Städtebau, Umwelt und Verkehr beauftragt die Verwaltung, ein Klimaschutzkonzept sowie eine CO₂-Bilanz für die Stadt Wegberg erstellen zu lassen. Mit der Umsetzung sowie mit dem Aufbau eines Klimaschutz-Controllingsystems wird die Verwaltung betraut. Das ist lange versäumt worden.

Später finden bundesweit Fridays-for-future-Proteste statt, auch in Wegberg: Der Klimanotstand wird zwar nicht ausgerufen, BM Stock lädt die engagierten Jugendlichen jedoch zum Gespräch in die Wegberger Mühle und gibt die Zusage, dass künftig bei jedem Beschluss auch die Folgen fürs Klima aufgezeigt und berücksichtigt werden. Das passiert nicht.

2019: Alle Fraktionen stellen Anträge zum Klimaschutz: Es soll sich u.a. an einem vom Landrat initiierten Verfahren für eine klimagerechte Stadtentwicklung beteiligt werden, aus dem praktikable Vorschläge resultieren sollen, die Verwaltung selbst soll weitere Maßnahmen bis 2020 vorschlagen und umsetzen, außerdem das Klimaschutzkonzept fortschreiben. Alles so nicht geschehen.

2020: Auf Anfrage der LINKEN schildert die Stadt dann, dass es – außerhalb der kommunalen Liegenschaften – aktuell kaum belastbare Daten gebe, die Auskunft darüber geben könnten, inwiefern wir die Ziele des Klimaschutzkonzeptes überhaupt erreichen. Ein Soll-Ist-Vergleich kann durch die Verwaltung nicht aufgestellt werden. Gleichzeitig erklärt sie – entgegen der Beschlüsse des Rates aus dem Vorjahr –, dass Klimaschutz ein sekundäres Ziel sei und Maßnahmen des Klimaschutzes nur dann umgesetzt würden, wenn sie zu einer finanziellen Einsparung führen. Konkrete Vorschläge, wie von der Politik gefordert, bleiben weiter aus.

2021: Antrag der LINKEN zur unverzüglichen Fortschreibung und Aktualisierung des Klimaschutzkonzeptes unter Inanspruchnahme von Fördermitteln und Antrag der GRÜNEN zur Vergabe von Zuschüssen für Klimamaßnahmen: Beschlussvorschlag in beiden Fällen ablehnend. Stattdessen soll ein Arbeitskreis gebildet werden, von dem bislang – sofern es ihn überhaupt gab oder gibt – keine brauchbaren Ergebnisse vorliegen.

2023: Der KUVT beauftragt die Verwaltung mit der Vorlage einer konzeptionellen Übersicht, welche laufenden und investiven Maßnahmen durchgeführt werden und welche Effekte hierdurch erzielt werden. Der nun doch im Verwaltungsapparat installierte Klimamanager soll ein eigenes städtisches Fördersystem planen und dem Fachausschuss vorlegen. Wir sind gespannt.

2025: Heute. Es soll nun also doch ein neues Klimaschutzkonzept erstellt werden, für das wir Umsetzungsprinzipien beschließen.

Warum wir das an der Stelle vortragen: Weil irgendwann der Zeitpunkt kommen muss, an dem wir aus der Spirale der sich wiederholenden Absichtserklärungen austreten und stattdessen die Kraft aufbringen, das, was wir uns vornehmen, auch umzusetzen.

Es mangelt in Wegberg seit über einem Jahrzehnt nicht an mangelnder Bereitschaft der Politik, nicht an Beschlüssen des Rates zum Klimaschutz, aber an Verbindlichkeit, Konsequenz und Umsetzungskraft – hier ist die Verwaltung gefragt. Unsere Bitte an den neuen Bürgermeister wäre, dass mit dem heutigen Beschluss auch der Widerspruch zwischen Ratsbeschlüssen und Verwaltungshandeln weiter aufgelöst wird und dass Maßnahmen, sofern wir sie beauftragen oder beschließen, endlich konsequent verfolgt werden, auch nicht mehr verschoben oder in Arbeitskreise verschleppt werden, dass Konzepte nicht bloß auf Papier stehen, sondern ernst genommen, in Haushaltsplänen berücksichtigt und mit Leben gefüllt werden – und dass wir darüber hinaus ein System etablieren, dass es uns ermöglicht, unsere Fortschritte prüfbar zu machen – und das nicht nur im Bereich der kommunalen Liegenschaften, sondern ganzheitlich und umfassend. Es wäre wünschenswert, wenn wir nicht alle paar Jahre neu damit anfangen, Leitlinien für zukünftiges Handeln zu fixieren, sondern dass wir mit der Entscheidung heute endlich strategisch tätig werden. Nachfolgende Generationen würden es uns danken.